

Beschlussempfehlung und Bericht

des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Leye, Alexander Ulrich, Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 20/6545 –

Deindustrialisierung verhindern – Aktive Industriepolitik für Klima und Beschäftigung als robuste Antwort auf das US-Gesetz zur Bekämpfung der Inflation

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, Subventionen und Investitionshilfen für eine kohlenstofffreie Industrie an soziale Bedingungen zu knüpfen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/6545 abzulehnen.

Berlin, den 24. Mai 2023

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Leif-Erik Holm
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Leif-Erik Holm

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/6545** wurde in der 100. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. April 2023 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion DIE LINKE. hebt hervor, dass das US-Gesetz zur Bekämpfung der Inflation für deutsche und europäische Unternehmen starke Anreize setze, Investitionen und Produktionskapazitäten in die USA zu verlagern. Dies geschehe in einer Zeit, in der die deutsche und europäische Industrie vor gewaltigen Herausforderungen stehe, beispielsweise mit der Bewältigung der massiven Energiepreissteigerungen, der Verhinderung einer möglichen Gasmangellage und der Notwendigkeit, Abhängigkeiten zu reduzieren und Wertschöpfungs- und Lieferketten neu zu justieren. Um entsprechend gegenzusteuern, werde eine robuste Antwort auf das US-Gesetz zur Bekämpfung der Inflation benötigt und auch eine aktive Industriepolitik für Klima und Beschäftigung gebraucht. Eine Deindustrialisierung müsse verhindert werden. Die Antwort der Europäischen Union in Form eines Industrieplans zum Grünen Deal gehe nicht weit genug. Das US-Gesetz zur Bekämpfung der Inflation knüpfe Subventionen an Bedingungen und Forderungen, wie beispielsweise an Ausbildungsquoten, an höhere Löhne und an eine gewerkschaftliche organisierte Beschäftigung. Dies solle sich auch in einer europäischen Antwort widerspiegeln.

Die Fraktion DIE LINKE. fordert die Bundesregierung deshalb auf, Subventionen und Investitionshilfen für eine kohlenstofffreie Industrie an soziale Bedingungen für gute Arbeit, Tariftreue, konkrete Beschäftigungszahlen und Standortgarantien zu knüpfen. Zudem müsse ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der eine Förderung klimafreundlicher Technologien bei der Um- und Ausrüstung von Produktionsanlagen mittels sogenannter Differenz- oder Klimaschutzverträge ermögliche. Außerdem müssten „grüne Leitmärkte“ durch gesetzliche Vorgaben und Quoten geschaffen werden, die die nötige Nachfrage nach klimafreundlichen Produkten sicherstelle. Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels müsste zudem für Subventionen beziehende Unternehmen eine Ausbildungsquote festgelegt werden. Auf die weiteren Forderungen im Antrag der Fraktion DIE LINKE. wird verwiesen.

III. Öffentliche Anhörung

Der Wirtschaftsausschuss hat in seiner 37. Sitzung am 15. März 2023 beschlossen, zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/5352 (Eine europäische Antwort auf das US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung geben – Standort Europa stärken, transatlantische Partnerschaft ausbauen) und der EU-Vorlage KOM(2023)62 endg.; Ratsdok.-Nr. 5933/23 (Ein Industrieplan zum Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter) eine öffentliche Anhörung durchzuführen. In seiner 42. Sitzung am 26. April 2023 hat der Wirtschaftsausschuss beschlossen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 20/6545 in die bereits beschlossene öffentliche Anhörung einzubeziehen. Der Wirtschaftsausschuss hat die öffentliche Anhörung zu den Anträgen auf Drucksachen 20/6545 und 20/5352 und der EU-Vorlage auf KOM(2023)62 endg.; Ratsdok.-Nr. 5933/23 in seiner 43. Sitzung am 10. Mai 2023 durchgeführt.

Folgende Sachverständige haben an der Anhörung teilgenommen:

Dr. Fritz Köhler-Geib, Chefvolkswirtin, KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main,

Prof. Dr. Stefan Kooths, Direktor Forschungszentrum Konjunktur und Wachstum, Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel),

Matthias Krämer, Abteilungsleiter Außenwirtschaftspolitik, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI), Prof. Dr. Tom Krebs, Ph.D., Professur für VWL, Makroökonomik und Wirtschaftspolitik, Universität Mannheim, Prof. Mariana Mazzucato, Ph.D., Professor in the Economics of Innovation & Public Value and Founding Director of the UCL Institute for Innovation and Public Purpose (IIPP), University College London (UCL), Great Britain, Prof. Dr. Niklas Potrafke, Leiter des ifo Zentrums für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie, München, Prof. em. Dr. Ulrich van Suntum, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften (FB 04) Universität Münster.

Das Ergebnis der öffentlichen Anhörung ist in die Ausschussberatung eingegangen. Die eingereichten schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen (Ausschussdrucksachen 20(9)247 und 20(9)249 bis 20(9)252 und 20(9)254) wurden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das Protokoll wird ebenfalls der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zudem ist die öffentliche Anhörung des Wirtschaftsausschusses in der Mediathek des Deutschen Bundestages abrufbar.

IV. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6545 in seiner 50. Sitzung am 24. Mai 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/6545 in seiner 48. Sitzung am 24. Mai 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 20/6545 in seiner 40. Sitzung am 24. Mai 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 20/6545 in seiner 64. Sitzung am 24. Mai 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/6545 in seiner 46. Sitzung am 24. Mai 2023 abschließend beraten.

Der **Wirtschaftsausschuss** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/6545 zu empfehlen.

Berlin, den 24. Mai 2023

Leif-Erik Holm
Berichtersteller